Frankreich

Verwirrung um Force de frappe

FOTOS: AFP / DPA

Französisches Atom-U-Boot

Der jähe Wechsel des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac vom rücksichtslosen Atomtester („Hiro-Chirac“) zum nuklearen Friedensapostel hat Franzosen wie europäische Verbündete verwirrt. Sosehr Chiracs endgültiger Verzicht auf Nuklearversuche begrüßt worden ist, so unklar bleibt sein Vorschlag, das Nationalheiligtum Force de frappe zu „europäisieren“. Der Gaullist behauptete bei seinem Staatsbesuch in den USA, ein „neues Kapitel“ sei eröffnet; tatsächlich tappen die EU-Partner im dunkeln, wie Chiracs „bessere europäische Verteidigung“ aussehen soll. Mit der Bundesregierung, die keine nukleare Teilhabe wünscht und den amerikanischen Atomschirm dem französischen vorzieht, hat Paris bisher keine einzige Konsultation geführt. EU-Mitglieder wie Österreich, Schweden und Finnland lehnen einen europäischen Atompfeiler rundweg ab. Seine Landsleute, ärgerte sich vorige Woche der französische General Michel Fennebresque, begriffen „unsere heutige nationale Strategie“ nicht mehr.

Rußland

Härte statt Gnade

Schonungslos läßt Rußlands Präsident Boris Jelzin derzeit die Todesstrafe vollstrecken. Damit will er den Eindruck erwecken, einen kompromißlosen Kampf gegen die alarmierende Kriminalität zu führen. Nur fünf Gnadengesuchen gab Jelzin im vorigen Jahr statt; 86 Todeskandidaten traten den Gang zum Henker an. In den überfüllten Gefängnissen sitzen zur Zeit 710 zum Tode Verurteilte – in den ersten drei Jahren nach Jelzins Machtantritt waren lediglich 25 Verbrecher erschossen, 321 dagegen begnadigt worden. Die Hinrichtungswelle treffe leider nur den „Bodensatz“ der Gesellschaft, so der Schriftsteller und Vorsitzende der Begnadigungskommission Anatolij Pristawkin. Kein einziger Mafiaboß oder Berufskiller sei bisher zum Tode verurteilt worden. Der Hinrichtungsrekord des vergangenen Jahres war laut Pristawkin geheimgehalten worden, um die gerade erfolgte Aufnahme Rußlands in den Europarat nicht zu gefährden. Jetzt erwartet Straßburg vom Kreml, daß die Vollstreckungen vorerst ausgesetzt werden; bis 1999 sollte die Todesstrafe endgültig abgeschafft werden.

Häftlinge in russischem Gefängnis

Kanada

Geteilte Provinz?

Nach dem Schock über den Beinahe-Sieg der frankophonen Separatisten bei der Volksabstimmung im Oktober letzten Jahres geht die Bundesregierung in Ottawa jetzt selbst in die Offensive. Dem neuen Quebecer Premierminister Lucien Bouchard drohte der kanadische Regierungschef Jean Chrétien: „Wenn Kanada teilbar ist, dann ist auch Quebec teilbar.“ Und Stéphane Dion, Minister für die Beziehung zu den Provinzen, fragte schon, ob Quebec die heutigen Grenzen behalten könne, wenn es sich wirklich von Kanada abspalten wolle. Dann müßten die Separatisten zuvor mit indianischen Ureinwohnern und anderen Regionen klären, ob die dem neuen „Québec libre“ angehören wollten. Vor allem die im Norden lebenden Cree-Indianer, die seit Jahrzehnten auf ihr Selbstbestimmungsrecht pochen, freuten sich über die Aufmunterung aus Ottawa. In einer eigenen Abstimmung hatten sich über 90 Prozent der Indianer gegen das „Kidnapping“ ihres Territoriums durch die Separatisten ausgesprochen. Anglo-Kanadier aus Montreal, der größten Stadt Quebecs, rüsten schon für den Ernstfall – kommt die Teilung der Provinz, wollen sie einen eigenen Stadtstaat ausrufen.